

MODEL UNITED NATIONS



MUNBW

Handbuch

GENERAL-
VERSAMMLUNG

2023

Baden-Württemberg

INHALT

Grußworte	
Grußworte des Generalsekretärs	3-4
Grußworte der Projektleitung	5
Vorstellungen	
Vorstellung des Awarenessteams	6
Vorstellung der Teilnehmendenbetreuung	7
Zeitplan	8-9
Positionsübersicht	10-12
Gremientexte Inhaltsverzeichnis	13
Einführung in die Generalversammlung	14 - 15
Gremientext - Bezahlbare und saubere Energie	16 - 24
Gremientext - Einfluss von Konzernen und Lobbyorganisationen auf Bildung	25 - 34
Bildrechte	35

GRUßWORT GENERALSEKRETÄR

Ehrenwerte Teilnehmende,

wenn Sie heute das Linden-Museum in Stuttgart besuchen würden, könnten Sie ein Exponat, das bis Dezember letzten Jahres noch dort war, nicht mehr auffinden: die Miniaturmaske der Königmutter Idia. Sie gehört zu den berühmten Benin-Bronzen, die im Jahr 1897 vom britischen Militär im Zuge eines brutalen Überfalls auf dem Gebiet des heutigen Nigerias geplündert und später in Westeuropa versteigert wurden. Diese Miniaturmaske der Königmutter Idia wurde nun gemeinsam mit 19 weiteren Kulturgegenständen in der nigerianischen Hauptstadt Abuja von einer deutschen Delegation an Vertreter*innen der nigerianischen Regierung zurückgegeben. Dies stellt einen ersten Schritt in einem langen Restitutionsprozess dar, der bilateral vorbereitet wurde.

Auch wenn die Aufbereitung historischer Ungerechtigkeiten in Hinblick auf die Rückführung kolonialen Raubgutes zwischen einigen Staaten begonnen hat, ist die heutige Staatengemeinschaft immer noch von tiefgreifenden und strukturellen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten geprägt. Diese sind facettenreich und wirken sich in unserer globalisierten Welt auf das Leben aller Menschen in unterschiedlichen Arten und Weisen aus.

Sichtbar werden sie unter anderem daran, dass die Staaten des globalen Südens stärker unter den Folgen der Klimakrise leiden. Dies steht im merklichen Kontrast dazu, dass sie weniger Ressourcen verbrauchen und einen kleineren ökologischen Fußabdruck haben.

Währenddessen steigt die Anzahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, erneut weltweit. Und obwohl dies insgesamt ein globaler Trend ist, sind auch hier die sogenannten Entwicklungsländer überproportional stark betroffen.

Eine ähnliche Reichtumsschere zwischen Staaten ist auch an der jeweiligen Wirtschaftsleistung erkennbar: Die Vermögenswerte mancher großer Unternehmen mit Sitz in Industriestaaten überschreiten das Bruttoinlandsprodukt ganzer ärmerer Länder. Solche Bedingungen behindern sowohl einen internationalen Handel als auch den Abschluss von Investitionsabkommen und Entwicklungshilfe auf Augenhöhe zwischen den beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Akteur*innen.

GRÜßWORT GENERALSEKRETÄR

Wir als Vereinte Nationen haben seit unserer Gründung den Anspruch an uns selbst, ein Forum zu sein, in dem jeder Staat mit gleicher Stimme sprechen kann und gehört wird und den anderen Staaten so auf Augenhöhe begegnen kann. Diesem Anspruch wurden und werden wir aber nicht immer gerecht. Die beschriebenen Ungleichheiten sind stets auch in einem diplomatischen Kontext präsent und nicht auszublenden - manchmal wirken sie unüberwindbar. Darüber hinaus wird selbst in der Charta der Vereinten Nationen das Prinzip der Stimmgleichheit durch das den permanenten Mitgliedern des Sicherheitsrates verbriefte Vetorecht gebrochen.

Sie sehen, dass die Staatengemeinschaft vor vielfältigen Herausforderungen steht. Umso mehr freue ich mich, dass Sie sich entschlossen haben, im Juni in Stuttgart gemeinsam als Delegierte, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und Journalist*innen an diesen Problemen zu arbeiten.

Ich wünsche Ihnen eine glückliche Hand dabei, Ihre Standpunkte zu vertreten, dabei aber nie das Ziel einer gerechteren Welt aus den Augen zu verlieren und sich stets auf Augenhöhe zu begegnen.

Hochachtungsvoll,

Jasper Dannenbaum



GRÜßWORT PROJEKTLEITUNG

**Sehr geehrte Vertreter*innen nichtstaatlicher Akteure,
Journalist*innen und Delegierte,**

seit rund acht Monaten arbeitet das Team von MUNBW 2023 an den Vorbereitungen für die Konferenz, an der Sie im Juni in Stuttgart teilnehmen werden. Unser Ziel ist es, Ihnen bei MUNBW Erfahrungen zu ermöglichen, die viele von uns motiviert haben, als Team in unserer Freizeit MUNBW zu organisieren.

Die Zeit, in der Sie an MUNBW teilnehmen, ist von Herausforderungen gezeichnet, deren Auswirkungen Millionen von Menschen weltweit spüren. Diese Herausforderungen spiegeln sich wieder in den Themen, mit denen Sie sich bei MUNBW befassen werden. In diesem Handbuch finden Sie erklärende Texte, die die Vorsitzenden Ihrer Gremien für Sie geschrieben haben, um Ihnen einen einfacheren Überblick über diese komplexen Sachverhalte zu geben. Uns liegt es am Herzen, Sie in Ihrer Vorbereitung individuell so zu unterstützen, dass Sie auf der Konferenz mühelos in Ihre Rolle hineinwachsen können.

Natürlich war es für uns nicht allein der Aspekt der politischen Bildung, der uns vor einigen Jahren nach unserer ersten Konferenz dazu motiviert hat, erneut an MUNBW teilzunehmen und schließlich Teil des Teams zu werden. Es waren zum Beispiel die Begegnungen mit den anderen Teilnehmenden auf der Konferenz, die Freude über die erste selbst gehaltene Rede im Gremium und nicht zuletzt der feierliche Ball und die anschließende Party am Sonntagabend.

Wir freuen uns auf Sie!

Im Namen des Teams von Model United Nations Baden-Württemberg,

Mona Bickel, Ingo Heide und Kilian Kuhlbrodt
Projektleitung



**Mona Bickel, Ingo Heide
und Kilian Kuhlbrodt**

Projektleitung



AWARENESSTEAM

 **Greta Hülsmann (sie/dey)**
 g.huelsmann@munbw.de
 **+49 171 5853587**

 **Felix Becker (er/ihn)**
 f.becker@munbw.de
 **+49 157 82259689**

Eine mehrtägige Konferenz kann eine intensive Erfahrung sein. Man verbringt den ganzen Tag mit vielen, oft auch unbekanntem Menschen. Dabei kann es zu Missverständnissen, Konflikten und bewussten oder unbewussten Grenzüberschreitungen kommen.

Als Awareness-Team sind wir einerseits dafür verantwortlich, solchen Situationen vorzubeugen und andererseits zur Vermittlung und Lösung beizutragen, sollten doch Probleme auftreten. Ihr könnt Euch aber auch mit allen anderen Anliegen an uns wenden. Anders als die Teilnehmenden-Betreuung sind wir also nicht für organisatorische Fragen, sondern vertraulich für Euer Wohlbefinden auf der Konferenz da.

Ihr erreicht uns telefonisch - per SMS - über verschiedene Messenger und via E-Mail. Über den anonymen Briefkasten habt Ihr außerdem die Möglichkeit, bei Eurer Kontaktaufnahme unbekannt zu bleiben.



Link zum anonymen Briefkasten

TEILNEHMENDEN- BETREUUNG

Liebe Teilnehmenden,

wir, Lena Raetzell und Emily Siegel, sind im Rahmen der Konferenz MUNBW 2023 als Teilnehmendenbetreuung für Sie als Ansprechpersonen erreichbar. Einige hatten möglicherweise bereits per E-Mail oder über Instagram mit uns Kontakt.

Wir haben beide 2019 zum ersten Mal an einer DMUN-Konferenz teilgenommen und sind dann 2021 in das Team gewechselt.

Emily studiert außerhalb von DMUN Jura in Münster, arbeitet ehrenamtlich bei der katholischen Akademie Dresden und gestaltet ihre Freizeit sonst vor allem mit bloggen, tanzen und dem Schreiben von kreativen Texten.

Lena studiert abseits der Konferenz Psychologie in Göttingen, arbeitet ehrenamtlich bei der Diakonie Schleswig-Holstein, spielt Klavier und treibt gerne Sport, wie Basketball oder Bouldern.

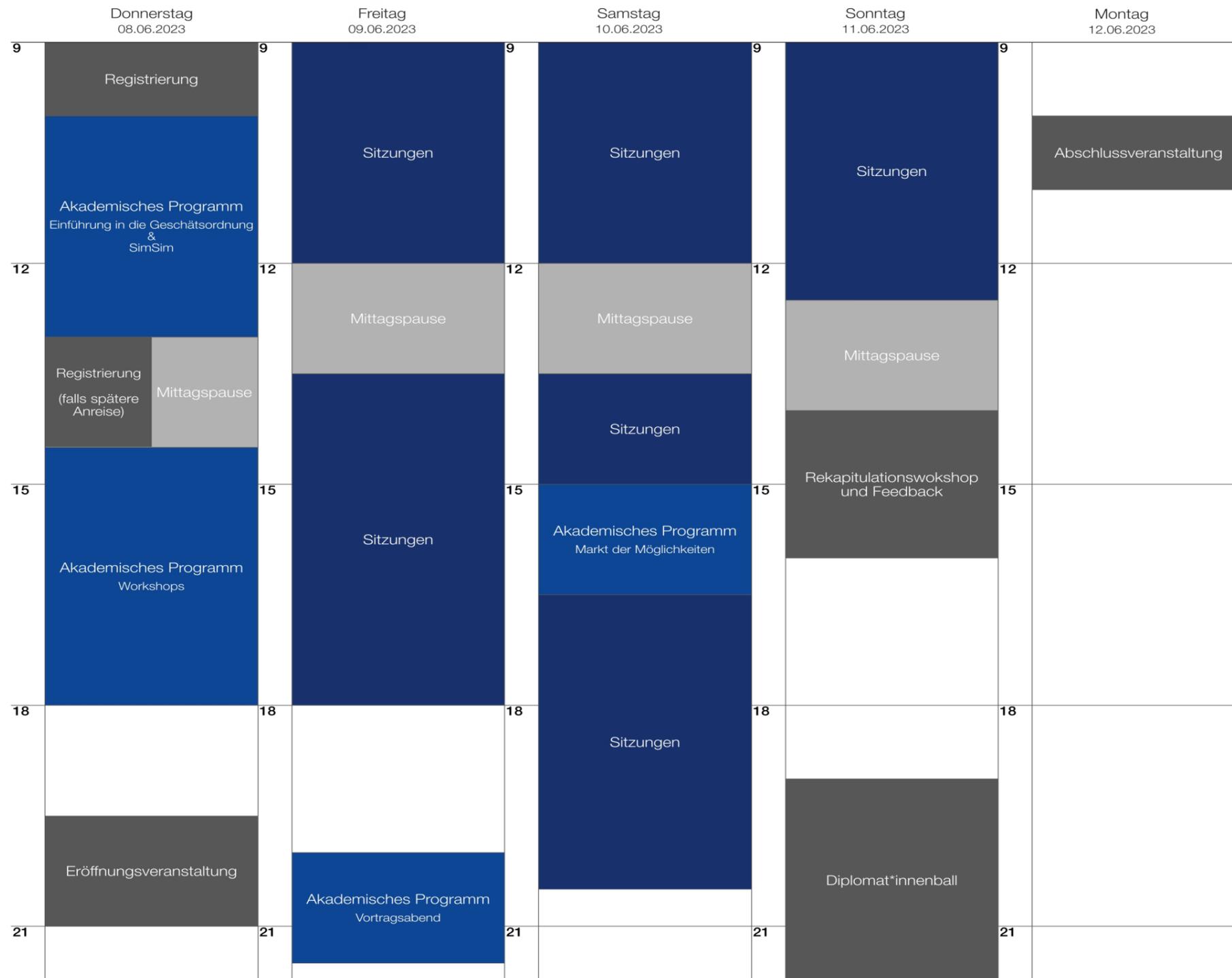
Unsere Aufgabe bei MUNBW ist in erster Linie, für Ihre Anliegen und Fragen da zu sein, besonders bei allen Punkten, die organisatorischer Natur sind. Auch schon jetzt in der Vorbereitungsphase können Sie jederzeit auf uns zukommen. Schreiben Sie uns einfach eine Mail, eine Instagram-Direktnachricht oder melden Sie sich per Whatsapp oder Signal. Die Kontaktdaten hierzu finden Sie hier und auch auf der Website.

Wir freuen uns, Sie auf der Konferenz alle kennenzulernen. Jetzt wünschen wir Ihnen erstmal viel Freude bei der Vorbereitung!

Mit freundlichen Grüßen
Emily Siegel und Lena Raetzell

 **Emily Siegel und Lena Raetzell**
 teilnehmende2023@munbw.de
 **0174 7952258**
 **@munbw_dmun**

ZEITPLAN



POSITIONSÜBERSICHT

Positionsübersichten helfen Ihnen, Ihre inhaltliche Vorbereitung vollständig und strukturiert durchzuführen. Anders als Sie es vielleicht von früheren DMUN-Konferenzen gewohnt sind oder im Online-Handbuch gelesen haben, verfassen sie bei MUNBW 2023 zuerst je eine Positionsübersicht zu jedem Thema, das in Ihrem Gremium behandelt wird.

Anmerkung für NGOs:

Auch als Vertreter*in einer NGO verfassen Sie Positionsübersichten – mindestens drei (zu beliebigen Themen, gerne auch aus verschiedenen Gremien).

Wenn Sie die Positionsübersicht zu einem Thema auf der Website öffnen, sehen Sie folgendes:

neues Positionspapier

Nur beim ersten Thema des Gremiums auszufüllen: Was sind die wichtigsten Wirtschaftszweige Ihres Staates?
Bitte hier die Antwort eintragen

Inwiefern berührt das Thema Interessen des von Ihnen vertretenen Staates?
Bitte hier die Antwort eintragen

Welche Staaten/Organisationen stehen auf Ihrer Seite?
Bitte hier die Antwort eintragen

Was möchte Ihr Staat bei der Behandlung dieses Themas für sich erreichen, was verhindern? Geben Sie an, wie wichtig diese Ziele jeweils sind.
Bitte hier die Antwort eintragen

Geben Sie im Folgenden bitte mindestens drei (gerne aber auch mehr) der Punkte zur Diskussion an und unterbreiten Sie jeweils Lösungsvorschläge. Falls diese die Interessen Ihres Staates/ Ihrer Organisation berühren, gehen Sie kurz darauf ein.
Bitte hier die Antwort eintragen

Weiteres (optional)
Bitte hier ggf. eine Antwort eintragen

Zusammenfassung: Stellen Sie die wichtigsten Aspekte der Position Ihres Staates zum Thema in maximal 150 Wörtern dar.
Bitte hier die Antwort eintragen

ÄNDERUNGEN SPEICHERN

Bitte löschen Sie den fett gedruckten Text **nicht**, sondern schreiben Sie Ihre Antworten auf die jeweiligen Fragen darunter. Achten Sie dabei bitte unbedingt darauf, die Position Ihres Staats/ Ihrer Organisation darzustellen

POSITIONSÜBERSICHT

len ohne Ihre persönliche Meinung einfließen zu lassen. Daher verwenden Sie auch dritte Person Singular (z.B. „Island ist der Überzeugung, dass...“ statt „ich denke, dass“). Generell drücken Sie sich diplomatisch aus und achten auf Rechtschreibung sowie Grammatik.

Hinweise, wie Sie Antworten auf die Fragen finden können, gibt es:

- Am Ende jedes Gremientexts
- Im Onlinehandbuch [<https://handbuch.dmun.de/vorbereitung/inhalt/thema/>] sowie
- ...wenn Sie nicht weiter wissen, auch bei Ihrer [Gremienberatung](#) oder der Leitung Inhalt Pädagogik unter inhaltpaedagogik@munbw.de.

Die erste Hälfte ihrer Positionsübersicht kann dann beispielsweise so aussehen:

neues Positionspapier

Nur beim ersten Thema des Gremiums auszufüllen: Was sind die wichtigsten Wirtschaftszweige Ihres Staates?
Tourismus und Fischerei

Inwiefern berührt das Thema Interessen des von Ihnen vertretenen Staates?
Da 76% der isländischen Exporte Fischprodukte sind, ist der Erhalt ausreichender Fischbestände von großer Bedeutung für Island. Zugleich würde eine zu starke Beschränkung des Fischfangs diesem wichtigen Wirtschaftszweig stark schaden. Außerdem ist die Fischerei wichtiger Bestandteil der isländischen Tradition und Kultur.

Welche Staaten/Organisationen stehen auf Ihrer Seite?
Norwegen, Kanada, Vereinigtes Königreich. In Bezug auf die Einhaltung bestehender Regelungen die gesamte EU.

Was möchte Ihr Staat bei der Behandlung dieses Themas für sich erreichen, was verhindern? Geben Sie an, wie wichtig diese Ziele jeweils sind.
Wichtig ist es für Island insbesondere, dass die isländische Fischerei nicht zu sehr reguliert wird. Es versucht zu erreichen, dass in einer Zone von 200 Seemeilen um die Küste eines Landes nur dieser Stand zum Fischfang berechtigt ist.

Island strebt an, dass alle Staaten sich an bestehende Regelungen zum Schutz der Fischbestände halten.

Eine Kontrollinstanz mit weitreichenden Befugnissen oder gar Sanktionen möchte Island unbedingt verhindern.

ÄNDERUNGEN SPEICHERN

POSITIONSÜBERSICHT

Wenn es daran geht, Lösungsvorschläge zu den Punkten zur Diskussion zu unterbreiten, kopieren Sie bitte zuvor die ausgewählten Punkte zur Diskussion in das Feld:

Geben Sie im Folgenden bitte mindestens drei (gerne aber auch mehr) der Punkte zur Diskussion an und unterbreiten Sie jeweils Lösungsvorschläge. Falls diese die Interessen Ihres Staats/ Ihrer Organisation berühren, gehen Sie kurz darauf ein.

- Soll es nationale Fangquoten geben und wenn ja, wie sollen diese festgelegt werden?

Island hält Fangquoten für kein geeignetes Mittel, da ihre Einhaltung ungewiss ist. Falls die Mehrheit des Gremiums sie dennoch einführen möchte, legt Island großen Wert darauf, dass sie anhand der Fischereiflotte und der Bedeutung des Fischfangs für den jeweiligen Staat festgesetzt werden.

- Wie kann die Einhaltung bestehender oder zukünftiger Abkommen durchgesetzt werden?

Eine stärkere internationale Zusammenarbeit sowie die öffentliche Benennung von Staaten, die Abkommen verletzen, sind geeignete Maßnahmen. Die Überwachung des Fischfangs sollte weiterhin durch die Fischereibehörden des Staates erfolgen, in dessen Gewässern die Fischerei stattfindet.

- Wie kann der Wandel zu nachhaltigeren Fischereimethoden gelingen?

Der Wandel zu nachhaltigeren Fischereimethoden braucht finanzielle Anreize, beispielsweise durch geringere Zölle auf nachhaltig produzierten Fisch. Auch eine direkte finanzielle Förderung der Umrüstung von Fangflotten auf internationaler Ebene würde Island begrüßen.

Weiteres (optional)

Bitte hier ggf. eine Antwort eintragen

Zusammenfassung: Stellen Sie die wichtigsten Aspekte der Position Ihres Staats zum Thema in maximal 150 Wörtern dar.

Island legt großen Wert darauf, dass die Fischbestände nicht durch Überfischung verringert werden, eine umfassende Regulation des Fischfangs wird aber abgelehnt. Ausländische Fangflotten innerhalb der Ausschließlichen Wirtschaftszone eines Staates sollten aus isländischer Sicht unzulässig sein. Die Einhaltung bestehender Abkommen sollte gewährleistet werden; positive Anreize sind hierzu ein besseres Mittel als Strafen und Sanktionen.

body p

ÄNDERUNGEN SPEICHERN

Wenn Sie Ihre Positionsübersicht ausgefüllt haben, erhalten Sie von Ihren Gremienvorsitzenden Feedback und Verbesserungsvorschläge, die Sie bitte einarbeiten, bis die Positionsübersicht anerkannt wird. Im Anschluss verfassen Sie zu mindestens einem Thema wie im [On-line-Handbuch](#) beschrieben ein Arbeitspapier. Zudem raten wir Ihnen auch dringend dazu, ein [Positionspapier](#) zu verfassen, da dieses eine hervorragende Grundlage für die ersten Reden bildet und im diplomatischen Sprachgebrauch übt. Um dieses einzureichen, klicken Sie erneut auf das Stiftsymbol und wählen "neues Positionspapier". Löschen Sie die vom System angezeigten Fragen aus dem Eingabefeld und schreiben Sie dort Ihr Positionspapier im Fließtext. Keine Sorge, Ihre bereits eingereichte Positionsübersicht bleibt dabei erhalten. Falls Sie bereits Erfahrung im Schreiben von Positionspapieren haben, dürfen Sie auch statt der Positionsübersicht direkt ein Positionspapier einreichen.

GENERALVERSAMMLUNG

INHALT

Einführung in die Generalversammlung 14 - 15

Gremientext - Bezahlbare und saubere Energie 16 - 24

Kurzzusammenfassung	16
Punkte zur Diskussion	16 - 17
Einleitung	17
Hintergrund und Grundsätzliches	18
Aktuelles	18 - 19
Probleme und Lösungsansätze	20 - 22
Hinweise zur Recherche	22 - 23
Lexikon	23 - 24

Gremientext - Einfluss von Konzernen und Lobbyorganisationen auf Bildung 25 - 34

Kurzzusammenfassung	25
Punkte zur Diskussion	26
Einleitung	26
Hintergrund und Grundsätzliches	26 - 28
Aktuelles	29
Probleme und Lösungsansätze	29 - 32
Hinweise zur Recherche	32
Lexikon	32 - 33
Quellenangaben und weiterführende Links	34

Bildrechte 35

EINFÜHRUNG IN DIE GENERALVERSAMMLUNG

Einführung in die Generalversammlung

Die Generalversammlung (GV) ist eines der sechs in Kapitel III der Charta der Vereinten Nationen (United Nations, UN) genannten Hauptorgane und der organisatorische Knotenpunkt, der die Richtung und den Weg weist, den das UN-System nehmen soll. In der Generalversammlung sind alle 193 Mitgliedsstaaten mit jeweils einer Stimme vertreten, unabhängig von der Größe eines Staates. Demnach folgt die Generalversammlung dem Prinzip der souveränen Gleichheit. Zusätzlichen Beobachterstatus - ohne Stimmrecht bei inhaltlichen Abstimmungen - haben der Vatikanstaat oder die Palästinensische Autonomiebehörde, sowie Sonderbehörden der UN und andere internationale Organisationen.

Die Sitzungsperiode der Generalversammlung beginnt im September eines jeden Jahres und ist ein Jahr lang. Zu Beginn einer neuen Sitzungsperiode findet die Generaldebatte statt, bei welcher die Staats- und Regierungschef*innen eine Rede halten. In den restlichen Sitzungen sind es bis zu fünfköpfigen Regierungsdelegationen. Die Hauptarbeit findet in sechs Fachausschüssen, genannt Hauptausschüssen (HA), statt. Diese sind in chronologischer Reihenfolge: Der Ausschuss für Abrüstung und internationale Sicherheit (HA 1, engl. Disarmament and International Security, DISEC), der Wirtschafts- und Finanzausschuss (HA 2, engl. Economic and Financial, ECOFIN), der Ausschuss für soziale, kulturelle und humanitäre Fragen (HA 3, Social, Cultural and Humanitarian Affairs, SOCHUM), der Ausschuss für besondere politische Fragen und Entkolonialisierung (HA 4, engl. Special Political Affairs and Decolonization, SPECPOL), der Verwaltungs- und Haushaltsausschuss (HA 5, engl. Administrative and Budgetary) und der Rechtsausschuss (HA 6, engl. Legal Affairs). Zusätzlich kann sich die GV zu Dringlichkeitssitzungen binnen 24 Stunden zusammenfinden. Diese können einberufen werden, wenn der Sicherheitsrat zu einer Angelegenheit internationaler Sicherheit oder bei einem Völkerrechtsbruch keine Resolution oder keinen Beschluss fassen kann und im Anschluss sieben der aktuell im Sicherheitsrat vertretenen Mitgliedsstaaten - oder die Mehrheit aller UN-Mitgliedsstaaten - eine Dringlichkeitssitzung verlangen. Auf einer solchen Sitzung ist es der Generalversammlung ausnahmsweise möglich, Militärmissionen zu mandatieren, sofern diese eine Zweidrittelmehrheit erhalten. In der Geschichte der Vereinten Nationen wurden bisher zehn Dringlichkeitssitzungen einberufen. Wegen dem russischen Krieg in der Ukraine wurde am

EINFÜHRUNG IN DIE GENERALVERSAMMLUNG

28.02.2022 eine elfte Sondersitzung einberufen, welche zur Zeit noch aktiv ist.

Die Kompetenzen der GV unterscheiden sich, je nachdem ob sie in das System der UN hinein wirken oder ob sie sich an die Mitgliedsstaaten richten. UN-intern ist die Generalversammlung die höchste weisungsberechtigte Instanz. Sie wählt den Generalsekretär oder die Generalsekretärin, sie hat das Budgetrecht - das heißt, das Recht über den Haushalt des Sekretariats und des UN-Systems zu bestimmen - und die Empfehlungen an das Sekretariat und die Sonderorganisationen und Programme sind bindend. Die Themen, mit denen sich die Generalversammlung beschäftigt, können nach Artikel 10 der UN-Charta alle Fragen der Weltorganisation umfassen, sofern sie noch nicht vom Sicherheitsrat behandelt wurden. Empfehlungen, welche die Generalversammlung an die Mitgliedsstaaten richtet, sind nicht völkerrechtlich bindend. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Resolutionen der GV vollkommen wirkungslos sind. Resolutionen bilden häufig einen politischen und gesellschaftlichen Druck auf die Staats- und Regierungschef*innen der Mitgliedsstaaten, welche dann Inhalte der Resolutionen in geltendes nationales Recht umwandeln. Somit entwickeln sich Resolutionen häufig zu sogenanntem Völkergewohnheitsrecht. Ein prominentes Beispiel hierfür ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, welche zwar nicht im Wortlaut zu einem Gesetz in Deutschland wurde, welche aber die normative Grundlage der unveräußerlichen Grundrechte der Artikel 1 bis 19 des Grundgesetzes bilden.

Außerdem gehört es zu den Kompetenzen der Generalversammlung nach Kapitel IV Artikel 18 (2), die nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, die Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrates und die Mitglieder des Menschenrechtsrates zu wählen und über die Aufnahme eines neuen Mitgliedsstaates oder Beobachters zu entscheiden.

Der Generalversammlung unterstehen einige Nebenorgane, wie zum Beispiel der Menschenrechtsrat und gemeinschaftlich mit dem Wirtschafts- und Sozialrat unterstehen der GV die Fonds und Programme der Vereinten Nationen.

GREMIENTEXT ENERGIE

Bezahlbare und saubere Energie

Kurzzusammenfassung

Die Vereinten Nationen haben sich zum Ziel gesetzt, dass bis zum Jahr 2030 alle Menschen Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher und moderner Energie haben. Außerdem soll bis dahin der Anteil *erneuerbarer Energien* am weltweiten Energiemix erheblich gesteigert und die globale Energieeffizienz verbessert werden. In allen drei Teilbereichen liegt die Welt jedoch weit hinter dem Plan zurück: Ohne massive zusätzliche Anstrengungen wird das nachhaltige Entwicklungsziel (engl. *Sustainable Development Goal*; SDG) 7 verfehlt.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht stetig voran, allerdings konzentriert er sich hauptsächlich auf reiche Industrieländer und erfolgt im **globalen Süden** nur schleppend. Bei der Wärmeerzeugung und im Verkehrssektor besteht immer noch eine unverändert hohe Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Zudem steigt der globale Energieverbrauch stetig an, was den Ausbau erneuerbarer Energien gegenkompensiert: Ihr Anteil am Weltenergieverbrauch hat sich seit 1990 kaum verbessert. Insbesondere in den ländlichen Gebieten Subsahara-Afrikas haben noch immer hunderte Millionen Menschen keinen Stromanschluss, was ein großes Hindernis für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung darstellt. Durch Energiearmut sind auch zahlreiche andere Ziele für nachhaltige Entwicklung in Gefahr.

Ziel der Generalversammlung muss es sein, die internationale Zusammenarbeit in Bezug auf SDG 7 zu verbessern, Hindernisse und Problembereiche zu identifizieren und Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die die Menge öffentlicher Fördergelder erhöhen und ihren Einsatz effizienter gestalten.

Punkte zur Diskussion

Mögliche Fragen, die die Diskussion im Gremium mitgestalten könnten:

- Welche Maßnahmen können weltweit und auch regional ergriffen werden, um SDG 7 noch zu erreichen?



SDG 7 als Teil der Agenda 2030 1

GREMIENTEXT ENERGIE

- Der weltweite Energiebedarf steigt immer weiter an, bis 2040 voraussichtlich um mehr als 25 %. Welche Anreize können geschaffen werden, um auf den weiteren Ausbau fossiler Energiequellen zu verzichten und stattdessen die erneuerbaren Energien stärker voranzutreiben?
- Viele Länder des globalen Südens bieten exzellente Voraussetzungen für erneuerbare Energien, beispielsweise eine ganzjährig hohe Sonneneinstrahlung. Trotzdem erfolgt der Ausbau erneuerbarer Energien dort sehr viel langsamer als in den Industrieländern. Wie können diese Potenziale besser genutzt werden?
- Was kann die Internationale Staatengemeinschaft tun, um dafür zu sorgen, dass Absichten auch in Handlungen umgesetzt werden?
- Wie kann sich die Finanzierung für das Ziel auf das Nötige verdoppeln? Wie kann sichergestellt werden, dass mehr in die technologische Entwicklung investiert wird?
- Welche hindernden Faktoren bestehen und wie können diese beseitigt werden?
- Wie können technische Innovationen, wie dezentrale *mini-grid* oder off-grid Energienetze, besser geteilt werden?

Einleitung

733 Millionen Menschen haben im Jahr 2022 keinen Zugang zu Elektrizität. Der größte Teil von ihnen lebt in Subsahara-Afrika. Über 7 Prozent der Erdbevölkerung haben somit kein elektrisches Licht, können keine verderblichen Lebensmittel kühl halten und kein Radio oder Telefon betreiben. Etwa 3 Milliarden Menschen müssen zum Heizen und Kochen ein offenes Feuer mit schmutzigen Brennstoffen wie Holzkohle oder Tierabfällen benutzen, wodurch jedes Jahr 800.000 Kinder durch verschmutzte Innenluft sterben. Nach dem Willen der Vereinten Nationen sollen bis 2030 alle Menschen Zugang zu moderner und bezahlbarer Energie haben. Der Energiesektor sorgt aber auch für mehr als 70 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen und ist somit hauptverantwortlich für den Klimawandel, weshalb die weltweite Umstellung auf erneuerbare Energien von höchster Priorität ist. Ohne Energie ist nicht nur das alltägliche Leben undenkbar, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung einer gesamten Region.

GREMIENTEXT ENERGIE

Hintergrund und Grundsätzliches

Im September 2015 verabschiedete die UN-Generalversammlung in Resolution A/RES/70/1 die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Als SDG 7 haben sich die Vereinten Nationen zum Ziel gesetzt, für alle Menschen den Zugang zu „bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie“ zu sichern. Bis zum Jahr 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energien an der weltweiten Energieproduktion substantiell gesteigert werden. Viele Staaten wünschten sich, eine Verdopplung des Anteils anzustreben, in der Endfassung der Resolution wurde aber nur noch von einer „substantziellen“ Steigerung gesprochen, was bewusst nicht näher definiert wurde.

SDG 7 ist mit den anderen Entwicklungszielen eng verbunden: das Beenden von Armut (SDG 1) und Hunger (SDG 2) oder das Schaffen von anhaltendem, inklusivem und nachhaltigem Wirtschaftswachstum (SDG 8) sind ohne gesicherte Energieversorgung nicht vorstellbar. Da in Haushalten ohne Elektrizitätsanschluss in der Regel Frauen und Mädchen für die Primärenergieversorgung zuständig sind, indem sie beispielsweise Brennstoff zum Heizen und Kochen sammeln, ist der universelle Zugang zu moderner Energie auch wichtig für die Gleichstellung der Geschlechter und Bildung (SDG 4 und 5).

Weltweit werden jedes Jahr etwa 50 Milliarden Tonnen an Treibhausgasen ausgestoßen, wovon mit 73 % der Löwenanteil bei der Produktion von Energie in Form von Elektrizität, Wärme und Transportleistung entsteht. Weitere 11 % entfallen auf die Strom- und Wärmeproduktion für Wohn- bzw. Geschäftsgebäude. Unser Energiebedarf für Elektrizität, Wärme und Verkehr ist somit die Hauptursache für den menschengemachten Klimawandel.

Aktuelles

Gegenwärtig ist die Welt nicht auf dem Weg, auch nur eins der Unterziele des siebten Entwicklungsziels zu erreichen.

Positiv lässt sich hervorheben, dass 2017 in Subsahara-Afrika erstmals mehr Menschen Zugang zu Elektrizität erhalten haben, als geboren wurden. Erstmals wird dort also die Menge an Menschen ohne Elektrizität kleiner. Auch wenn die bereits versorgten 87% der Weltbevölkerung ihre Energie nahezu vollständig von großen zentralisierten Anlagen bekommen (Solar- oder Windpark, Turbinen etc.) gibt es in ländlichen,

GREMIENTEXT ENERGIE

schwer zugängliche Gebieten den Trend hin zu sogenannte *“mini-grid”* oder *“off-grid”* Lösungen. Das bedeutet kleine alleinstehende (meist solare) Elektrizitätsquellen werden installiert und damit ein Dorf oder eine Gemeinschaft zu versorgen. Die International Energy Agency geht davon aus, dass 60% der Menschen, die zwischen 2017 und 2030 Zugang zu Elektrizität erhalten, diese von solchen Photovoltaik-Anlagen bekommen.

Das SDG 7 will allen Menschen Zugang zu verlässlicher und bezahlbarer Energie ermöglichen. Zudem soll gleichzeitig eine globale Abkehr von fossilen Energieträgern stattfinden. Dabei steht auch die Transportindustrie im Fokus. Der Anteil an Elektroautos hat sich in den letzten Jahren massiv erhöht und liegt 2022 bei fast 10%. Hier werden auch noch weitere Fortschritte benötigt.



Investition in erneuerbare
Energien als Investition in die
globale Zukunft

2

Eine große Debatte gibt es auch um die Nutzung von Atomkraftwerken

(AKW) für die Energiegewinnung. In einigen Ländern wie Mexiko oder Indien steigt der Bedarf an Energie erheblich an. Gleichzeitig gibt es eine etablierte AKW Infrastruktur. Aus dieser Sicht erscheinen AKWs als effiziente und Emissionsreduzierung Variante der Energiegewinnung. Doch nach der Katastrophe in Fukushima wurde die Sicherheit der AKWs neu eingeschätzt und einige Staaten setzten sich seitdem entschieden gegen deren Weiterbetrieb ein. Auch haben AKWs den Nachteil, dass es Langzeitprojekte sind, die gerade für ärmere Staaten kaum zu finanzieren sind. Zudem stellt auch die Entsorgung und der Umgang mit radioaktiven Abfallstoffen ein Hindernis dar.

Die bisherigen Bestrebungen, sich dem 7. Ziel bis 2030 anzunähern, reichen nicht aus. Es werden dringend entschlossenere Schritte benötigt, um die festgelegten Unterziele zu erreichen. Das Thema muss weltweit ernst genommen werden und verstärkt in den Fokus rücken.

GREMIENTEXT ENERGIE

Probleme und Lösungsansätze

SDG 7 nimmt im Kontext der Ziele für nachhaltige Entwicklung eine Schlüsselrolle ein, da zahlreiche andere Ziele ohne Lösung der globalen Energie- und Klimaproblematik nicht erreicht werden können. Im Kern besteht jedoch ein Zielkonflikt zwischen seinen drei Unterzielen. Alle Menschen sollen Zugang zu verlässlicher und bezahlbarer Energie erhalten (was im Allermindesten bedeutet, bis 2030 fast eine Milliarde Menschen neu an das Stromnetz anzuschließen), während gleichzeitig eine globale Abkehr von fossilen Energieträgern stattfinden muss. Wenn diese beiden Bemühungen nicht miteinander kollidieren sollen, sind eine nachhaltige Gestaltung des Transformationsprozesses und insbesondere eine weitreichende Kooperation zwischen dem Globalen Norden und Süden unbedingt erforderlich.

Investitionen in erneuerbare Energien erfolgen hauptsächlich durch Privatunternehmen, aber insbesondere die 46 am wenigsten entwickelten Länder sind auf öffentliche Gelder und damit auf die Unterstützung durch den Globalen Norden angewiesen. Im Jahr 2017 wurden insgesamt 22 Milliarden US-Dollar an zwischenstaatlicher öffentlicher Entwicklungshilfe für den Ausbau erneuerbarer Energien investiert, im Jahr 2022 hingegen nur noch 10,9 Milliarden. Zur Erreichung von SDG 7 ist es aber zwingend erforderlich, dass diese Investitionen noch wesentlich ansteigen. Es ist außerdem wichtig, dass hauptsächlich diejenigen Staaten unterstützt werden, die bei der Umsetzung am meisten zurückliegen. Derzeit ist dies noch nicht der Fall: Nur 20 Prozent der Fördergelder gehen an die am wenigsten entwickelten Länder, Tendenz seit 2010 konstant.

Der Nutzen öffentlicher Fördergelder kann maximiert werden, indem sie strategisch so eingesetzt werden, dass sie zusätzliche Privatinvestitionen anziehen. Beispielsweise ist es möglich, Fördergelder auf die Infrastruktur zu konzentrieren (zum Beispiel auf die Erneuerung und den Ausbau von Leitungsnetzen) und die Bereitstellung von Kraftwerken dem Privatsektor zu überlassen.

Da sich das Problem des fehlenden Zugangs zu Elektrizität auf die ländlichen Regionen konzentriert, ist eine besondere Förderung von dezentralisierter Elektrifizierung sinnvoll, beispielsweise durch den Aufbau von Mini-Grids und die finanzielle und administrative Unterstützung von Off-Grid-Lösungen. Der Finanzbedarf zur Elektrifizierung sehr ländlicher

GREMIENTEXT ENERGIE

Räume kann so erheblich gesenkt werden.

Der universelle Zugang zu sauberen Kochmöglichkeiten findet auf der internationalen Bühne nur wenig Beachtung, obwohl es das Teilziel von SDG 7 ist, welches am meisten hinter dem Plan zurückliegt. In Brasilien, China, Indien, Indonesien und Pakistan hat es auf diesem Gebiet erhebliche Fortschritte gegeben, während es in Subsahara-Afrika kaum vorgeht. Der Ausbau internationaler und nationaler Förderung ist unbedingt erforderlich, aber es muss auch besser verstanden werden, welche kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren zum stagnierenden Fortschritt in Subsahara-Afrika führen. Technologien wie batterieunterstützte Solarkocher stehen bereits zur Verfügung und müssen eine weitere Verbreitung erfahren.

Neben finanzieller Unterstützung muss der weltweite Ausbau erneuerbarer Energien auch durch eine verbesserte internationale Zusammenarbeit erfolgen, zum Beispiel durch die Erleichterung des Zugangs zu Forschung und Technik.

Ein besonderes Problemfeld stellt die Beziehung zwischen SDG 7 und die noch andauernde Bekämpfung der Covid-19-Pandemie dar. So werden in Subsahara-Afrika nur 28 Prozent der Gesundheitseinrichtungen zuverlässig mit Elektrizität versorgt. Effektive Pandemiebekämpfung, ärztliche Behandlung und Gesundheitsprävention sind unter diesen Umständen nicht möglich. Falls nicht anders möglich, muss diesem Problem zum Beispiel durch priorisierte Versorgung von medizinischen Einrichtungen und Notfalldiensten begegnet werden.

Das Ziel ist für 2030 gesetzt, es gibt regelmäßige Foren und zahlreiche weitere Kontrollmechanismen wie zum Beispiel die Voluntary National Reviews, die jedes Jahr rund 50 Staaten zu einigen Entwicklungszielen befragen und für die Umsetzung der Ziele relevante Daten erheben. Es werden dort auch "Best Practices", also Positivbeispiele für die Bewältigung des Problems, dargestellt. Es gibt ebenso ESMAP (Energy Sector Management Assistance Program), ein Programm der Weltbank und unterschiedlicher Ministerien und Stiftungen, die sehr detailliert und gut aufbereitet den Fortschritt des 7. Nachhaltigen Entwicklungsziels verfolgen. Die International Energy Agency (IEA) veröffentlicht jährlich den World Energy Outlook, dort lassen sich reichlich Empfehlungen und Analysen finden. Trotzdem ist die Welt nach wie vor nicht dabei, das 7. Ziel zu er-

GREMIENTEXT ENERGIE

reichen. Der Grund dafür lässt sich in den besonderen wirtschaftlichen Aspekten der Energieindustrie finden und in einem Mangel an Bemühen seitens der Staaten. Energie ist zudem ein komplexes Thema und selten von öffentlichem Interesse.

Die Beschleunigung des Fortschrittes spielt eine entscheidende Rolle dabei, die Welt mit nachhaltiger Energie zu versorgen. Kontraproduktiv sind die Subventionen, die eine Vielzahl an Ländern immer noch für fossile Energien bereitstellen. Die fehlplatzierten Subventionen sind symbolisch für ungenügenden rechtlichen Rahmen für Innovation und erneuerbare Energien. Staatliche Finanzierung muss drastisch erhöht werden und von einem sinnvollen rechtlichen Rahmen untermauert werden. So müssen Standards geschaffen werden für den Energieverbrauch von Gebäuden, adäquate Bewertungen von Energieeffizienz und angemessene Steuerpolitik, die neuen Energieunternehmen Freiräume lässt und umweltschädigende Energie sanktioniert. Regierungen können Veränderung vorantreiben, indem sie regionale und nationale Aktionspläne vorlegen und diese überwachen und durchsetzen.

Wind und Solar haben weiterhin das Problem, dass die Bereitstellung und Nachfrage von Energie zeitlich versetzt ist. Zum einen entsteht mehr elektrischer Strom tagsüber, wenn es hell ist und der Strom wird benötigt, wenn es dunkel ist. Zum anderen wird mehr Energie in den Sommermonaten gesammelt und im Winter mehr gebraucht. Für die kurzfristige Speicherung, um den Tageszyklus zu überbrücken, könnte sich mittelfristig eine Lösung finden. Für den großen Jahreszyklus ist noch keine Lösung in Sicht. Wenn die Welt allerdings irgendwann auch auf Gas als Energieträger verzichten will, müssen große langfristige Speichermöglichkeiten gefunden werden.

Eine internationale Zusammenarbeit ist zur Überwindung dieser Probleme und der Umsetzung des SDG 7 unerlässlich.

Hinweise zur Recherche

Zur ersten Einarbeitung:

- <https://dashboards.sdgindex.org/profiles>
- Fortschritt der Umsetzung SDG nach Ländern aufgeschlüsselt



GREMIENTEXT ENERGIE

Zum aktuellen Stand und zum Vertiefen:

- <https://www.un.org/Depts/german/millennium/SDG-2022-DEU.pdf>
- SDG Bericht 2022
- https://unstats.un.org/sdgs/files/report/2022/E_2022_55_Statistical_Annex_I_and_II.pdf
- Zahlen und Daten (nur auf Englisch)
- <https://unwomen.de/sdg-7-guenstige-und-saubere-energie/>
- Berücksichtigung der Geschlechterdimension
- <https://www.sdgforall.net/index.php/languages/german/1709-erschwingliche-saubere-kochtechnologie-wichtig-fuer-nachhaltigen-energiezugang>
- https://www.2030agenda.de/sites/default/files/2030/zwischenbilanz/Agenda_2030_Zwischenbilanz_online-2.pdf
- Zwischenbilanz, SDG 7 ab S. 103

Lexikon

Agenda 2030: Die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) ist ein globaler Plan zur Förderung nachhaltigen Friedens und Wohlstands und zum Schutz unseres Planeten

Erneuerbare Energien: Energiequellen, die praktisch unerschöpflich zur Verfügung stehen oder sich verhältnismäßig schnell erneuern. Zu ihnen zählen Bioenergie (Biomassepotenzial), Geothermie, Wasserkraft, Meeresenergie, Sonnenenergie und Windenergie

Globaler Süden: Der Bedeutung des Begriffs Globaler Süden nähert man sich am besten über den Gegenbegriff – Globaler Norden. Als Globalen Norden werden die Industriestaaten bezeichnet, die eine hohe Wirtschaftsleistung aufweisen und sich vorwiegend in Europa und Nordamerika befinden. Damit gehören zum Globalen Süden all jene Länder,



Zugang zu sauberer Energie - Auch beim Kochen 3



GREMIENTEXT ENERGIE

die früher als Entwicklungsländer bezeichnet wurden und die Schwellenländer, die sich in ihrer Wirtschaftskraft erst in den letzten Jahren den Industriestaaten näherten.

Kochmöglichkeiten: Bisher sind rund 1,6 Milliarden Menschen beim täglichen Kochen hauptsächlich auf offene Feuer oder einfache Herde angewiesen, die mit Kerosin, Kohle oder Biomasse wie Holz, Dung und landwirtschaftlichen Rückständen betrieben werden, was sich auf den Klimawandel und die Gesundheit auswirkt. Das Ziel ist es, erschwingliche Alternativen durch Anbindung an Stromnetze oder Nutzung und Mini-Grid-Lösungen auf Basis von Solartechnologie zu schaffen.

Mini-Grids: Mini-Grids, manchmal auch Inselnetze genannt, sind lokal abgegrenzte und in sich geschlossene Stromnetze, die mehrere Haushalte oder Unternehmen mit Strom versorgen. Sie können von verschiedenen fossilen und erneuerbaren Energiequellen gespeist werden, wie etwa von Photovoltaikanlagen (PV), Windturbinen, Wasserkraftwerken oder Dieselgeneratoren. Um die Versorgungsstabilität zu gewährleisten, enthält ein Mini-Netz oft auch Batteriespeicher

SDG (Sustainable Development Goals): Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung sind politische Zielsetzungen der Vereinten Nationen, die weltweit der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen.

UN-Nachhaltigkeitsgipfel: Der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2015 (engl. United Nations Sustainable Development Summit 2015, auch UNO-Nachhaltigkeitsgipfel) der Vereinten Nationen fand vom 25. bis 27. September 2015 an ihrem Hauptsitz in New York statt. Er diente unter anderem der Vorbereitung der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 im Dezember desselben Jahres. Die 193 aktuellen Mitgliedstaaten verabschiedeten einstimmig die SDG 2030: Es wurden 17 Nachhaltigkeitsziele festgelegt, die die Entscheidungen der Staaten in den kommenden Jahren lenken sollen.



GREMIENTEXT EINFLUSS VON KONZERNEN UND LOBBYORGANISATIONEN AUF BILDUNG

Einfluss von Konzernen und Lobbyorganisationen auf Bildung

Kurzzusammenfassung

Bildung als grundlegendes Menschenrecht ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) verankert. Als Eckpfeiler der Bildungsagenda 2030 und des Ziels 4 für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) soll das Recht auf Bildung gewährleistet werden. Doch Bildung ist nicht neutral, sondern immer von bestimmten Interessen geleitet. Nicht nur Regierungen nehmen Einfluss auf Lerninhalte, auch Konzerne und Lobbyorganisationen versuchen durch Einflussnahme im Bildungsbereich, ihre Interessen bestmöglich zu vertreten. Sie verfolgen dabei mehrere Ziele, die nicht uneigennützig sind. Ihr Engagement im Bildungsbereich bietet einerseits die Möglichkeit das gesellschaftliche Image zu verbessern, und andererseits kann es ihrem Geschäftsinteresse dienen. Schüler*innen sind für Unternehmen dabei auch von direktem Interesse. Sie sind nicht nur zukünftige Arbeitskräfte, sondern auch schon jetzt eine lukrative Käuferschicht, welche gezielt durch Werbung an Schulen an die Unternehmen gebunden werden kann.

Lobbyismus an Schulen ist jedoch aus verschiedenen Gründen problematisch. Zum einen sind gesellschaftliche Akteure im Bildungsbereich ungleich positioniert. Botschaften anderer gesellschaftlicher Gruppen, die nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, drohen unterzugehen. Zum anderen ist Lobbyismus an Schulen oft schwer erkennbar. Es besteht die Gefahr, dass Lerninhalte einseitig ausgerichtet werden. Schulen können so im schlimmsten Fall zur Instrumentalisierung missbraucht werden, was mit den Bildungszielen wie eigenständiger Meinungsbildung nicht vereinbar ist. Gleichzeitig sollte jedoch auch die Finanzierung des Bildungssystems als Ursache des steigenden Einflusses externer Akteure bedacht werden. Nicht allen Ländern weltweit ist es gleichsam möglich, das staatliche Bildungssystem für eine qualitative Bildung ausreichend zu finanzieren, sodass besonders Entwicklungsländer auf finanzielle Hilfe von nicht-staatlichen Akteuren angewiesen sind. Daher gilt es vielmehr, Antworten darauf zu finden, wie zur Erreichung des SDG 4 Bildungsziels der Einfluss von Lobbyorganisationen geregelt werden kann.



GREMIENTEXT

EINFLUSS VON KONZERNEN UND LOBBYORGANISATIONEN AUF BILDUNG

Punkte zur Diskussion

- Wie kann das Recht auf Bildung mit dem Ziel einer inhaltlich ausgewogenen und qualitativ hochwertigen Bildung weltweit sichergestellt werden?
- Wie kann die Finanzierung des Bildungssystems für hochwertige und unabhängige Bildung in finanzschwachen Ländern verbessert werden?
- Wie kann das Engagement von Unternehmen und Lobbyorganisationen in Bildungsaktivitäten beurteilt werden? Ist es zu befürworten oder abzulehnen?
- Welche Interessen von Unternehmen und Lobbyorganisationen können als legitim angesehen werden? Was stellt einen zu großen Eingriff dar?
- Wie können die Mitgliedsstaaten den Einfluss von Lobbyorganisationen auf die Bildung besser kontrollieren?
- Wie kann die Effektivität der bisher von Staaten oder Staatengruppen ergriffenen Maßnahmen beurteilt werden?

Einleitung

Bildung ist zentraler Motor einer Gesellschaft und Grundlage für gesellschaftliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung. Sie kann zur Emanzipation von Bürger*innen beitragen und ermöglichen, besser an politischen Prozessen mitzuwirken. Dadurch werden im Idealfall verkrustete Machtstrukturen aufgebrochen und Hierarchien abgebaut. Bildung kann jedoch als Machtinstrument missbraucht werden, mit dem Ziel, die Bevölkerung politisch auf Linie zu bringen. Denn Bildung ist nicht neutral, sondern immer von bestimmten Interessen geleitet. Nicht ohne Grund ist einer der ersten Schritte jeder autokratischen Regierung die Überprüfung und Anpassung des Lehrplans an Schulen. Doch nicht nur Regierungen nehmen Einfluss auf Lerninhalte. Konzerne und Lobbyorganisationen versuchen durch Einflussnahme im Bildungsbereich, ihre Interessen bestmöglich zu vertreten.

Hintergrund und Grundsätzliches

Bildung ist die Basis für gesellschaftlichen wie auch wirtschaftlichen Fortschritt und die effektivste Lösung, um Armut zu reduzieren. Bildung als grundlegendes Menschenrecht ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) anderen Menschenrechtsabkommen verankert.



GREMIENTEXT

EINFLUSS VON KONZERNEN UND LOBBYORGANISATIONEN AUF BILDUNG

Das wichtigste Instrument der UNESCO ist das Übereinkommen gegen Diskriminierung im Bildungswesen aus dem Jahr 1960, das bisher von 107 Staaten ratifiziert worden ist. Es ist das erste internationale Instrument, das das Recht auf Bildung umfassend behandelt und *völkerrechtlich verbindlich* ist. Das Übereinkommen ist zugleich ein Eckpfeiler der Bildungsagenda 2030 und des Ziels 4 für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals, SDG*). Das SDG 4 soll allen Menschen weltweit den Zugang zu hochwertiger Bildung als Grundlage für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung gewährleisten.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind große finanzielle und materielle Ressourcen notwendig. Diese sind weltweit ungleich verteilt. Insbesondere Entwicklungsländer sind deshalb auf Unterstützung angewiesen. Staatliche Stellen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Unternehmen, die dem Bildungssystem Gelder und sonstige Ressourcen zur Verfügung stellen, versuchen oft zum Zwecke der Machtausübung und zur Förderung eigener wirtschaftlicher Interessen Einfluss auf Lerninhalte zu nehmen. Denn Bildung ist nicht neutral, sondern immer von bestimmten Interessen geleitet.

Lobbyismus wird häufig in einem negativen Kontext verwendet. Dabei ist es zunächst nur ein anderer Begriff für Interessenvertretung. Und dass Gruppen versuchen, ihre Interessen zu vertreten, gehört zum politischen System dazu. Lobbyismus kann dann zu einem Problem werden, wenn Interessengruppen unterschiedlich stark Einfluss auf den politischen Prozess ausüben können, beispielsweise weil sie über unterschiedliche finanzielle Möglichkeiten verfügen.

Auch im Bereich der Schulbildung versuchen Unternehmen und Lobbyorganisationen ihre Interessen bestmöglich zu vertreten. Zum einen ist dies eine Möglichkeit, das gesellschaftliche Image durch öffentlichkeitswirksames Sponsoring zu verbessern. Schüler*innen, die häufig im Zentrum der Aktivitäten stehen, sind dann oftmals Mittel zum Zweck der Imageförderung.

Ein weiteres Ziel ist die Beeinflussung der Lerninhalte. Besonders bei Unterrichtsmaterialien privater Anbieter soll die inhaltliche Orientierung des Unterrichts in eine bestimmte Richtung gelenkt werden, die den Geschäftsinteressen der Unternehmen dienen.



GREMIENTEXT

EINFLUSS VON KONZERNEN UND LOBBYORGANISATIONEN AUF BILDUNG

Aber auch die Schüler*innen selbst sind für Unternehmen von direktem Interesse. Die Rekrutierung zukünftiger Mitarbeiter*innen und die Einflussnahme auf deren Ausbildung ist einer der wichtigsten Gründe für Unternehmen und Wirtschaftsverbände, um an Schulen aktiv zu werden. Schüler*innen werden auch als lukrative Käuferschicht angesehen, welche durch Werbung und Sponsoring an Schulen gezielt angesprochen werden können. Je früher ein Konsument an eine Marke oder ein Produkt herangeführt wird, desto geringer ist die Wechselbereitschaft auf andere Marken zu einem späteren Zeitpunkt. Das wohl bekannteste Beispiel sind Technikunternehmen, die ihre Dienste Schulen sehr günstig zur Verfügung stellen. Wenn Konzerne wie Google oder Apple den Schulen technische Lösungen anbieten, geschieht dies nicht primär, weil diese Unternehmen der Gesellschaft etwas Gutes tun wollen.



Einsatz von gesponsorten 4
Laptops in Schule in Südafrika

Doch ist das Engagement der privaten Wirtschaft im Bildungsbereich nicht grundsätzlich zu verurteilen. Beiträge zur Bildung sind auch ein Weg, wie sich Unternehmen am gesellschaftlichen Leben beteiligen. Die wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft hängt maßgeblich vom Bildungsgrad der Menschen ab. Das bedeutet, je gebildeter die Menschen sind, desto besser ist das für die Wirtschaft eines Landes und damit für die Unternehmen. Privatwirtschaftliches Engagement in der Bildung bedeutet daher auch, dass Unternehmen Verantwortung übernehmen und der Gesellschaft etwas zurückgeben. Gerade in diesem Zusammenhang ist es relevant, dass es in vielen Ländern an öffentlichen Geldern, d.h. Geldern des Staates, für die Bildung fehlt. Dort kann ohne privates Engagement Bildung überhaupt nicht ermöglicht werden.

Das ist das Spannungsfeld, in dem das Engagement der Privatwirtschaft in der Bildung steht. Auf der einen Seite ist die finanzielle Beteiligung wichtig, andererseits führt sie zu Problemen.

GREMIENTEXT

EINFLUSS VON KONZERNEN UND LOBBYORGANISATIONEN AUF BILDUNG

Aktuelles

Durch ihr Programm zum Recht auf Bildung entwickelt, überwacht und fördert die UNESCO Bildungsstandards, um die Ziele der Agenda Bildung 2030 voranzubringen. Sie bietet den Mitgliedstaaten Anleitung, technische Beratung und Unterstützung bei der Entwicklung ihrer eigenen Maßnahmen.

Im neusten Global Education Monitoring Report (GEM) der UNESCO wird das Potenzial für den Privatsektor zur Förderung eines erheblichen Beitrags zur Bildung hervorgehoben. Aktuelle private Beiträge zur Bildung in Entwicklungsländern belaufen sich auf insgesamt 683 Millionen US-Dollar pro Jahr, was nur etwa 5% der von diesen Ländern erhaltenen Bildungshilfe entspricht. Die Privatwirtschaft, die von gut ausgebildeten, qualifizierten Arbeitskräften profitiert, sollte weltweit eine viel größere Rolle bei der Finanzierung von Bildung spielen. Das neue Grundsatzpapier zeigt, wie wenig Bildung im Vergleich zu anderen Beiträgen des Privatsektors zur Entwicklung erhält. 53 % der Zuschüsse von US-Stiftungen sind für Gesundheit, aber nur 8 % für Bildung vorgesehen.

In einer Studie der Otto Braun Stiftung von 2019 wurden die Aktivitäten DAX-Unternehmen in der Bildung untersucht. Von den 30 größten aktiennotierten Unternehmen in Deutschland bieten demnach zwei Drittel Unterrichtsmaterialien an. Mit diesem Engagement soll vordergründig ein stärkerer Praxis-Bezug der Unterrichtsinhalte für die Vorbereitung der Schüler*innen auf dem Arbeitsmarkt geschaffen werden. Die Studie sieht hierin jedoch auch eine Gefahr, da so der allgemeinbildende Lehrplan des öffentlichen Bildungssystems und dessen demokratische Legitimierung bedroht sind. Die Befürchtung wird formuliert, dass nicht mehr der Staat und die von den Bürger*innen gewählte Regierung, sondern private Unternehmen, welche nicht der gesellschaftlichen Kontrolle unterliegen, die Lehrpläne gestalten.

Probleme und Lösungsansätze

Lobbyismus an Schulen ist aus mehreren Gründen problematisch. Die gesellschaftlichen Akteure im Bildungsbereich sind ungleich positioniert. Die Form der Einflussnahme steht vor allem finanzstarken Akteuren zu. Botschaften anderer gesellschaftlicher Gruppen wie gemeinnützige Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, drohen unterzugehen. Zum anderen ist Lobbyismus durch Intransparenz und manipulative Methoden an Schulen

GREMIENTEXT

EINFLUSS VON KONZERNEN UND LOBBYORGANISATIONEN AUF BILDUNG

schwer zu erkennen. Die Gefahr ist daher groß, dass in diesen Fällen die Lerninhalte einseitig ausgerichtet werden. Schulen können so im schlimmsten Fall zur Instrumentalisierung missbraucht werden.

Je mehr Bildungsinstitutionen auf (finanzielle) Hilfen angewiesen sind, desto größer ist das Einfallstor für Einfluss von außen. Gerade in Ländern des globalen Südens ist der Bau großer Fertigungsanlagen westlicher Unternehmen, mit dem Bau der entsprechenden Infrastruktur (auch Schulen) für die Familien der Arbeiter*innen verbunden. Was zunächst wie ein Akt der verantwortungsvollen Unternehmerschaft anmutet, offenbart bei genauerem Hinsehen ein Problem der Unabhängigkeit dieser Institutionen. Durch das immer stärkere Engagement von Unternehmen in das Schulsystem droht eine Privatisierung von staatlichen Aufgaben in der Schule. Hierdurch werden Teile der Bildung der staatlichen Kontrolle entzogen.

Um auf den wachsenden Einfluss von Unternehmen und Lobbyorganisationen zu reagieren, gibt es von lobby-kritischen NGOs wie LobbyControl verschiedene Handlungsempfehlungen. Zum einen werden Monitoringstellen für Unterrichtsmaterial gefordert, welche den kritischen Umgang mit Angeboten außerschulischer Akteure fördern und Lehrer*innen mit externem Rat unterstützen. In diesem Zuge sollen für mehr Transparenz Unterrichtsmaterialien so gestaltet werden, dass auf den ersten Blick erkennbar ist, von wem das Material stammt und wessen Interessen darin vertreten werden. Dies könnte in Form einer Kennzeichnungspflicht für Lernmaterialien geregelt werden.

Zur Verhinderung von Abhängigkeiten und Interessenkonflikten sollten Kooperationen mit Unternehmen und Lobbyorganisationen vorab anhand von klaren Regeln kritisch geprüft werden. Bereits in der Ausbildung sollten Lehrer*innen für die Gefahren der Einflussnahme sensibilisiert werden.

Gleichzeitig ist es notwendig, eine ausreichende Finanzierung des staatlichen Bildungssystems sicherzustellen. Dies ist nicht in allen Ländern gleichsam möglich. Besonders die Länder des globalen Südens sind auf finanzielle Hilfe. Allerdings zeigt der GEM Report der UNESCO, dass die Beiträge des Privatsektors häufig nicht die Bedürftigsten erreicht und oftmals nur kurzfristig ausgelegt sind. Besonders die Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnik richten ihre Beiträge auf auf-

GREMIENTEXT

EINFLUSS VON KONZERNEN UND LOBBYORGANISATIONEN AUF BILDUNG

strebende Märkte wie beispielsweise Brasilien, Chile, China und Mexiko, nicht aber auf die ärmsten Länder. Zwei der fünf wichtigsten Stiftungen (Carnegie Corporation of New York und Ford Foundation) und der Top-Konzern verteilen 80 % ihrer Stipendien im Rahmen der Hochschulbildung – obwohl die meisten Länder des globalen Südens Mühe haben, eine qualitativ hochwertige Grundschulbildung anzubieten und 61 Millionen Kinder immer noch nicht zur Schule gehen.

Die UNESCO hat bereits in ihrem 2012 veröffentlichten GEM Report Empfehlungen für die Verbesserung der Finanzierung des Bildungssystems durch den Privatsektor abgegeben. Zum einen sollten private Organisationen über die Höhe und den Zweck ihrer Beiträge Transparenz schaffen. Dies würde eine Überprüfung ermöglichen, um sicherzustellen, dass Geschäftsinteressen sich nicht über die gesellschaftlichen Ziele hinwegsetzen. Um einen dauerhaften Einfluss auf die Verbesserung des Bildungssystems zu haben, müssten private Organisationen eine ausreichende Finanzierung über mehrere Jahre zur Verfügung stellen, um Nachhaltigkeit der Initiativen zu gewährleisten, da Bildung ein langfristiges Unterfangen ist. Des Weiteren sollten private Organisationen ihre Unterstützung mit der Regierung auf die Prioritäten und Bedürfnisse der Länder abstimmen. Für eine stärkere Verteilung der Mittel an die bedürftigsten Länder könnten globale Bildungspartnerschaften eine größere Rolle bei der Bündelung und Auszahlung von Mitteln zu diesem Zweck spielen.

Zusammenfassend kann der Einfluss von Unternehmen im Bildungssektor nicht grundlegend vermieden werden, da viele Staaten auf die Unterstützung angewiesen sind und sogar ein stärkeres finanzielles Engagement fordern. In der Diskussion gilt es daher vielmehr, Antworten darauf zu finden, wie dieser Einfluss geregelt werden kann. So divers wie das Thema sind auch die Positionen der Staaten dazu. Bei der Positionierung gilt folgendes zu beachten: In welchen Ländern sind die Unternehmen, die sich am meisten im Bildungsbereich engagieren, angesiedelt? Diese Frage ist wichtig, denn es kommt häufig vor, dass Staaten auf der internationalen Bühne als Fürsprecher ihrer Wirtschaft agieren.

Komplizierter wird die Frage bei Staaten des Globalen Südens. Wie gezeigt wurde, findet hier oft nur unzureichendes privates Engagement im Bildungsbereich statt. Diese Staaten sind also grundsätzlich für eine

GREMIENTEXT

EINFLUSS VON KONZERNEN UND LOBBYORGANISATIONEN AUF BILDUNG

stärkere finanzielle Hilfe. Gleichzeitig ist es aber immer auch ein Interesse des Staates, die Kontrolle über den Bildungssektor zu behalten.

Hinweise zur Recherche

Zum Einfluss von Lobbygruppen in Deutschland gibt es zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen. Hier empfiehlt sich die Suche vor allem über Keywords wie *“Lobbyismus und Bildung”*. Im internationalen Kontext bietet sich an, die Suche in verkehrter Logik anzugehen, also über Begriffe wie freie, unabhängige Bildung zu suchen. Bei der Recherche nach der Position des zu vertretenden Landes sind Internet-Suchen mit den Keywords *“corporations / companies and education”* hilfreicher als die konkrete Suche nach dem Begriff *Lobbyismus*.

Für allgemeine Informationen zum Themenbereich bieten sich die folgenden Quellen an:

UNESCO, The right to education, <https://www.unesco.org/en/education/right-education> (in englischer Sprache)

Fabian Kaske, Felix Duffy (Lobby Control), Lobbyismus an Schulen, 2018, https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyismus_an_Schulen.pdf

Lautstark Magazin (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), Lobbyismus an Schule - Die Gefahren der Einflussnahme sind vielfältig, 2020, <https://www.lautstark-magazin.de/lautstark-06-2020/lobbyismus-an-schule-die-gefahren-der-einflussnahme-sind-vielfaeltig>

Lexikon

Lobbyismus: Lobbyismus umfasst alle Aktivitäten, bei denen Interessengruppen („Lobbys“) versuchen, die Politik nach ihren Interessen zu gestalten. Der Begriff Lobbyismus kommt aus dem Englischen und wurzelt im frühen englischen und US-amerikanischen Parlamentarismus. Damals war es üblich, dass in der Wandelhalle, der Lobby, vor dem Parlament Vertreterinnen und Vertreter aus Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft auf die Abgeordneten warteten, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Lobbygruppen, die ihre Interessen gegenüber der Politik und der Gesellschaft vertreten, gehören zur Demokratie dazu. Grundsätzlich ist Lobbyismus für die politische Arbeit nützlich, da Interessengruppen

GREMIENTEXT

EINFLUSS VON KONZERNEN UND LOBBYORGANISATIONEN AUF BILDUNG

Expertise in ihren Fachgebieten besitzen und an die Politik weitergeben. So können möglichst viele Perspektiven und Interessenlagen bei politischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden.

Sustainable Development Goals (SDG): Politische Zielsetzungen der Vereinten Nationen mit 17 konkreten Vorhaben, die 2016 beschlossen wurden und bis zum Jahr 2030 umgesetzt sein sollen. Ein besonderer Fokus liegt auf nachhaltiger Entwicklung.

SDG 4: Das vierte der siebzehn Ziele für nachhaltige Entwicklung. Alle Menschen sollen inklusiven, gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger Bildung erhalten..

völkerrechtlich verbindlich: Viele Übereinkünfte der internationalen Staatengemeinschaft sind völkerrechtlich NICHT verbindlich. So zum Beispiel Resolutionen der UN-Organe (mit Ausnahme des Sicherheitsrates); auch die Beschlüsse der UNESCO Generalkonferenz. Sie sind lediglich Selbstverpflichtungen der Staaten. Anders ist das bei völkerrechtlichen Verträgen, sie sind völkerrechtlich verbindlich, d.h. eine Nichtbeachtung hat Konsequenzen für die Staaten.

GREMIENTEXT

EINFLUSS VON KONZERNEN UND LOBBYORGANISATIONEN AUF BILDUNG

Quellenangaben und weiterführende Links

- Fabian Kaske, Felix Duffy (Lobby Control), Lobbyismus an Schulen, 2018, https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyismus_an_Schulen.pdf
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB BW), Dossier Lobbyismus - Die "stille Macht?", August 2022, <https://www.lpb-bw.de/lobbyismus#c67385> - übersichtliche Zusammenfassung zum Einstieg in den Themenbereich Lobbyismus
- Tim Engartner, Otto Brenner Stiftung, Wie DAX-Unternehmen Schule machen. Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus, 07.10.2019, <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/wie-dax-unternehmen-schule-machen/>
- UNESCO, Non state actors in education 2021/2 GEM report, 2021, <https://www.unesco.de/sites/default/files/2021-12/Global%20Education%20Monitoring%20Report%202021.pdf> - Kapitel 5 Influence beschäftigt sich mit dem Einfluss von Lobbyorganisationen und externen Akteuren auf Bildung (in englischer Sprache)
- UNRIC - Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen, Ziele für nachhaltige Entwicklung, <https://unric.org/de/17ziele/>

BILDRECHTE

Bildrechte

- 1
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?search=sdg+7&title=Special:MediaSearch&go=Go&type=image>
Name: United Nations
- 2
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Andasol_Solar_Power_Station_4.jpg
Name: kallerna
- 3
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kochen_%C3%BCber_offenem_Feuer.JPG
Name: Cuxfoto
- 4
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:WikiAfrica_Schools_training_African_School_for_Excellence_%288%29.jpg
Name: Eugene Malaka